

GÖTTINGER BLÄTTER

09.2020

Herausgeber: Die LINKE. ☆ Rotes Zentrum e.V. ☆ DKP ☆ FG BRD-Cuba ☆ VVN/BDA ☆ GROBIAN ☆ Göttinger Linke

► Hiroshima und Nagasaki mahnen. Was heißt das für uns heute?

Kundgebung des Göttinger Friedensforum vor dem Alten Rathaus am 8. August im Gedenken an die Atombombenabwürfe auf Hiroshima am 6.8.45 und auf Nagasaki am 9.8.45: Etwa 100 TeilnehmerInnen waren trotz der Hitze zur Kundgebung gekommen.

Nach der Eröffnung durch Anne Schreiner vom Göttinger Friedensforum war der Oberbürgermeister der Stadt Göttingen, Rolf Georg Köhler mit seinem Redebeitrag dran. Eingeladen wurde er wegen seines Engagement als „Mayor for Peace des Internationalen Solidaritätsbündnisses mit Hiroshima und Nagasaki. Köhler gipfelte seine Rede, als er deutlich die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages durch die Bundesregierung forderte – eine innerhalb seiner Partei, der SPD, komplett unterschiedlich bewertete Frage.

Tobias Pflüger, MdB, von der Informationsstelle Militarismus (IMI) lieferte eine fundierte und umfassende Begründung für genau diese Forderung! Seine ganze Rede ist auf der Internetseite der IMI unter folgendem link nachzulesen: <https://www.imi-online.de/2020/08/11/hiroshima-gedenktag/>.

Tim Bunck von den „Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs – Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW-Göttingen)“ und Annette Ramaswamy von der Anti-Atom-Initiative Göttingen (AAI) stellten aus Sicht Ihrer Organisationen die Notwendigkeit des Abrüstens heraus.

Schwerpunkt dieser Kundgebung war es, sich an das unendliche Leiden der Menschen in Hiroshima und Nagasaki zu erinnern, die 1945 Opfer der ersten und einzigen Atombombenabwürfe und damit Opfer eines bis dahin unausdenkbarem Kriegsverbrechens wurden.

Darüber hinaus wiesen die RednerInnen auf die aktuellen Möglichkeiten und Verpflichtungen hin, die heute aus der neuerlich ungebremsten Atomrüstung



und konfliktreichen politischen Weltsituation erwachsen:

Bereits vor 10 Jahren hatte fraktionsübergreifend der deutsche Bundestag gefordert, dass die amerikanischen Atombomben aus Deutschland abgezogen werden sollten. Aber die Realisierung dieses Beschlusses steht leider immer

im Internet

https://www.goettinger-linke.de/goeblae_2019.php

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Hiroshima	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Kreisverband	7
Kreistagsinfo	8
Rotes Zentrum e.V.	9
Göttinger Linke	10
GöLinke Ratsinfo	11
NSU 2.0 und Polizei	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 10.2020
ist der 19. September.
Auslieferung am 24. September.

noch aus. Und: Längst hätte Deutschland das internationale Atomwaffenverbotsabkommen (ICAN) unterzeichnen sollen.

Veranstaltungen im September

Antikriegstag 1. September:

17.00 Uhr Kundgebung am Gänseliesel

RednerInnen:

Ver.di-Vertreter*in (angefragt), **Sabine Lösung** (Göttinger Friedensforum)
Fridays for Future u.a.

Pablo Neruda, Dichter des Volkes

Wolfgang Teuber, ehem. Chefredakteur der UZ, stellt das Leben dieses großartigen chilenischen Dichters, sein Werk und dessen Bedeutung für Lateinamerika, aber auch die heutige Zeit vor.

Fr., 11. September 20, 19.00 Uhr, Rotes Zentrum. Lange Geismarstr, 3

Veranstalter: DKP-Göttingen

Mitgliederversammlung der WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke,

Montag, 14 September, 19.00 Uhr, Junges Theater, Saal, Bürgerstr. 15



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

▶ PEN-Zentrum Deutschland fordert: **Erhalt der Gemeinnützigkeit der VVN-BdA**

Der deutsche PEN protestiert gegen die Entscheidung eines Berliner Finanzamts, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, der ältesten und größten antifaschistischen Organisation Deutschlands, die Gemeinnützigkeit zu entziehen. Die VVN-BdA, die 1947 von ehemaligen KZ-Häftlingen gegründet wurde, ist bis heute eine wichtige Kraft nicht nur im Bereich „Erinnerungskultur“, sie ist auch aktiver Part in Bewegungen gegen Rassismus, Fremdenhass und andere Bedrohungen der Demokratie.

Hierzu PEN-Präsidentin Regula Venske:

„No Politics in the PEN Club under no circumstances!“ So lautete die Devise, als 1921 der internationale PEN-Club in London gegründet wurde. Initiatorin war die englische Erfolgsautorin Amy Dawson-Scott, erster internationaler Präsident wurde John Galsworthy. Zwar wollte man sich für die Freiheit des Wortes, für Frieden und Völkerverständigung einsetzen, aber Literatur sollte doch, bitte schön,

über nationale und/oder politische Leidschaften erhaben sein.

Mit der Devise „No Politics“ kam man indes nicht weit. Als 1933 die Scheiterhaufen der Nazis brannten und die Bücher der besten deutschen Schriftsteller verbrannt wurden, galt es sich zu positionieren. Während die internationalen Schriftstellerinnen und Schriftsteller gegen die Bücherverbrennungen protestierten und dasselbe auch vom deutschen PEN forderten, argumentierten die Vertreter des inzwischen ‚gleichgeschalteten‘ deutschen Clubs, sie würden sich an die Devise „No Politics“ halten. Als sei es nicht auch ein politischer Akt, mit den Wölfen zu heulen – oder auch nur zu schweigen. Dem Ausschluss des deutschen PEN aus dem internationalen Verband kamen dessen neue Vertreter schließlich durch Austritt zuvor, während die ehemaligen führenden Köpfe des Vereins – Alfred Kerr als ehemaliger Präsident, Ernst Toller, Lion Feuchtwanger, Heinrich Mann und viele andere bekannte Namen – längst ins Exil geflohen waren.

Warum erzähle ich das? Es ist ein Irrtum zu denken, wer sich der Macht unterwerfe, sei unpolitisch und politisch sei nur derjenige, der protestiert. Es ist ein Irrtum zu denken, dass, wer gegen Rechtsextremismus kämpft, automatisch ein Linksextremist sei. Es ist ein fataler Irrtum, ja eine Infamie zu unterstellen, dass Antifaschisten genauso gefährlich wie Faschisten seien. Ein Donald Trump mag sich so äußern; das Bundesfinanzministerium, deutsche Finanzämter und der bayrische Verfassungsschutz sollten klüger sein. Die große Bedrohung für unsere Demokratie und freiheitliche Grundordnung kommt zurzeit vom Rechtsextremismus. Was oder wer könnte der Allgemeinheit also mehr dienen als Menschen, die sich zivilgesellschaftlich – mutig und beharrlich – gegen diese rechten Strömungen engagieren?“

Regula Venske
Präsidentin des PEN-Zentrums
Deutschland
Mitglied des Boards von PEN International

Einladung zur Mitgliederversammlung der VVN-BdA Göttingen

Wir laden euch hiermit alle Mitglieder unserer VVN-BdA Kreisvereinigung ganz herzlich zu unserer kommenden Mitgliederversammlung ein.

Wann: Dienstag, den 22.09.2020 um 17:00 Uhr

Wo: Naturfreundhaus Göttingen, Naturfreundeweg 1, 37079 Göttingen
(<https://www.naturfreunde.de/haus/naturfreundehaus-auf-dem-hagen>)

Die Veranstaltung findet im Freien statt. Dennoch bitten wir auf die derzeitigen Maßnahmen zum Selbst- und Fremdschutz in Corona-Zeiten zu achten, insb. auf erforderliche Abstandsregeln und das Tragen von Alltagsmasken zum Mund-Nase-Schutz. Außerdem werden wir eine interne Teilnehmerliste (mit Telefon- und Email-Kontakten) für das Treffen führen, um bei evtl. Infektionen die Nachverfolgung zu erleichtern.

Die von uns vorgeschlagene Tagesordnung lautet wie folgt:

1. Begrüßung durch die Kreissprecher
2. Beschluss der Tagesordnung und Bestimmung eines Protokollanten
3. Vortrag des ABAG (Antifaschistisches Bildungszentrum und Archiv Göttingen e.V., <https://antifaschistisches-archiv.org>) zu rechtsextremen Strukturen in der Region
4. Diskussion zum Vortrag
5. Aktuelles aus der Landesvereinigung Niedersachsen (Gast: A. Nolte vom Landesvorstand)
6. Planungsstand zur Gründung einer Kreisvereinigung in Hildesheim sowie im Harz
7. Aktueller Stand zur Kampagne zum Erhalt der Gemeinnützigkeit der VVN-BdA Bundesvereinigung
8. Finanzüberblick zur Kasse der Kreisvereinigung
9. Kommende Termine
10. Sonstiges

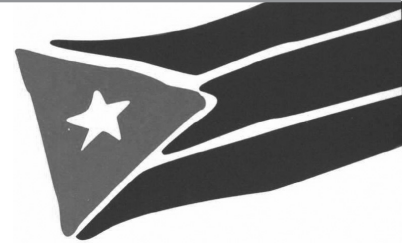
Es wird in den kommenden Tagen noch eine zusätzliche Einladung per Briefpost geben, in der wir noch einmal die Tagesordnung und aktualisierte Hinweise zu den Corona-Sicherheitsmaßnahmen mitteilen werden.

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung

Dienstag 08. September 19.00 im Berliner Hof



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

▶ Dr.Cs Eusebio Leal Spengler gestorben

Mit Trauer und Bestürzung haben wir vom Tod des Stadthistorikers von Havanna, Dr.Cs Eusebio Leal Spengler, erfahren.

Mit Eusebio Leal hat die Kubanische Revolution ein freundliches und in der ganzen Welt geschätztes Gesicht verloren. Dies hat sich in den letzten Tagen auch in zahlreichen Beileidsbekundungen widergespiegelt, welche Kuba erreicht haben. Ohne Zweifel stand Eusebio Leal als ganzer Mensch für den ureigenen Humanismus, der die Kubanische Revolution seit Ihren Ursprüngen ausgezeichnet hat. In der Figur von Eusebio hat sich die Sehnsucht nach Freiheit und Unabhängigkeit, nach Gleichheit und der Zärtlichkeit der Völker ausgedrückt, wie sie angefangen vom Padre Varela und Martí über Mella bis hin zu Fidel die Geschichte Kubas geprägt haben. Eusebio Leal war ein Gelehrter, ein Kämpfer und ein Visionär. Er war ein Katholik, der ein Himmelreich auf Erden für realistisch hielt und daher in die Idee einer egalitären, sozialistischen Gesellschaft verliebt war. Er war ein großer Kommunist, der mit seinen gelebten Werten die

Welt an die humanistischen Wurzeln der kommunistischen Idee erinnerte. Eusebio wurde durch die Revolution und durch seine Bekanntschaft mit Fidel geprägt; und zugleich hat die Revolution Eusebio Leal viel zu verdanken. Vor allem sein großes Werk, die Renovierung der Altstadt von Havanna mit dem besonderen Augenmerk auf die Verbesserung der Lebensumstände des Volkes, der einfachen Menschen, hat Millionen von Menschen in aller Welt den tiefen Humanismus vermittelt, welcher der Kubanischen Revolution zugrunde liegt.

Die Kubanische Revolution hat mit den in Kuba vormals existierenden Ausbeutungsverhältnissen gebrochen; Aber mehr noch, sie hat es auf unnachahmliche Weise verstanden, auch die dunklen Seiten der kubanischen Geschichte anzunehmen und zu respektieren. Unter Eusebio Leal ist kein koloniales Denkmal geschliffen, kein Zeichen ehemaliger Macht versteckt worden. Im Gegenteil,



die Kubanerinnen und Kubaner haben gemeinsam mit Eusebio gelernt, sich ihre Geschichte anzueignen und sie als eine Kraftquelle für ihre heutigen Kämpfe zu nutzen.

Dies ist nur ein Beispiel dafür, wie die Welt von Kuba lernen kann. In diesem Sinne werden die Werte, für die Eusebio Leal stand, und die Lehren, die er vermittelte, auch nach seinem Tod weiter existieren. Wie es sich für einen guten Katholiken gehört, lebt Eusebio in diesem Sinne über seinen Tod hinaus weiter – im Werk der Kubanischen Revolution und in der Solidarität, die Menschen in der ganzen Welt mit ihr praktizieren.

Wir verneigen uns vor einem großen Revolutionär.

*Freundschaftsgesellschaft
BRD-Cuba / Bundesvorstand
5. August 2020*

▶ Schreiben des Außenhandelsministeriums der Republik Kuba

**Außenhandelsministerium der Republik Kuba (MINCEX)
Havanna, 30. Juli 2020**

*Herr Patrick Köbele
Vorsitzender
Deutsche Kommunistische Partei*

*Frau Petra Wegener
Vorsitzende
Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba*

Ich möchte die Dankbarkeit der kubanischen Regierung und des kubanischen Volkes für die Spende von 2 Beatmungsgeräten für die Intensivpflege (SIEMENS Modell „SERVO I“ und DRÄGER Modell

„E-vita XL“) im Wert von 26.113,85 Euro an das Gesundheitsministerium der Republik Kuba für den Kampf gegen die Pandemie COVID - 19 aussprechen.

In einer Zeit, in der sich die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade der Vereinigten Staaten gegen Kuba verschärft, ist diese Geste ein weiteres Zeichen der dauerhaften Solidarität und Freundschaft der deutschen Organisationen gegenüber Kuba und bestätigt den Willen zur Fortsetzung und die Vertiefung unserer kooperativen Beziehungen.

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle nicht nur nochmals unseren Dank aussprechen, sondern Ihnen auch versichern, dass wir

Ihnen höchste Achtung und Wertschätzung entgegenbringen.

*Anita Teresita González Fraga
Ersten Stellvertretenden Ministerin von MINCEX
Havanna, 30. Juli 2020*

**Spendenkonto: Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba Stichwort: „Corona“
Bank für Sozialwirtschaft, Köln,
IBAN: DE96 3702 0500 0001 2369 00,
BIC: BFSWDE33XXX**

Abzugsfähige Spendenquittungen sind über unsere Geschäftsstelle erhältlich:
Maybachstr. 159, 50670 Köln,
sTel. 0221-2405120, Fax 0221-6060080



Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com , goettingen@dkp-niedersachsen.de

▶ Hände weg von Belarus!

Erklärung des DKP-Parteivorstandes, 20. August 2020 (leicht gekürzt)

Am 9. August haben in der Republik Belarus Wahlen stattgefunden, die der langjährige Präsident Alexander Lukaschenko, nach Angaben der Wahlkommission, gewonnen hat. Die Opposition hatte bereits vor den Wahlen verkündet, dass sie ein solches Ergebnis nicht anerkennen würde, und erklärte ihre Kandidatin Swetlana Tichanowskaja zur Siegerin. Seitdem gibt es teilweise gewaltsame Proteste In etlichen Betrieben wird auch gestreikt.

Ohne jegliche Vorlage von Beweisen haben USA und EU die Ergebnisse der Wahlen nicht anerkannt und unterstützen die Opposition. Das gilt auch für die Bundesregierung und für alle Parteien im Bundestag. Sofort wurden Sanktionen gefordert.

Vorausgegangen ist dem eine jahrelange Kampagne von USA, NATO und EU gegen Belarus. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Sollte es gelingen Belarus zu destabilisieren und in das Einflussgebiet der NATO zu bekommen, wäre dieses Kriegsbündnis seinem Ziel, der vollständigen Einkreisung der Russischen Föderation, ein großes Stück näher gekommen. Hinzu kommt, das Belarus die einzige ehemalige Sowjet-

republik ist, in der ein großer Teil der Produktion in staatlicher Hand geblieben ist, soziale Errungenschaften zumindest teilweise erhalten blieben.

Die vom Westen unterstützte Opposition unter Führung von Tichanowskaja dagegen fordert die Privatisierung eines großen Teils der staatlichen Betriebe, die von ausländischen Investoren übernommen werden sollen. Grund und Boden sollen zur Ware gemacht werden, Wohnungen privatisiert, Marktnormen und Standards der EU übernommen werden. Kürzungen und Privatisierungen im Gesundheitswesen sind geplant

Dies alles lässt sich in Veröffentlichungen der Opposition nachlesen. Dazu gehört auch der Nationalismus – die weiß-rot-weißen Fahnen der Demonstranten in Belarus waren 1943 bis 1945 die Farben der Kollaborateure mit der faschistischen Wehrmacht.

Sicherlich beteiligen sich viele Bürgerinnen und Bürger von Belarus, die gegen Probleme und Missstände in Land vorgehen wollen, an den Protesten. Vielen von ihnen geht es mit großer Wahrscheinlichkeit nicht um das oben skizzierte Programm der Opposition. Sie wollen keinen zweiten Maidan und keine

Mitgliederversammlungen im September

1. September:

* MV der Gö Linke am 14.9.

* Beteiligung der DKP an den Bundestagswahlen 2021

15. September:

Ver.di – Tarifrunde – Um welche Inhalte geht es / Was können / sollten KommunistInnen tun?

Alle MV'en finden jeweils um 20.00 Uhr im Foyer des Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2 statt. Wenn zu viele TeilnehmerInnen kommen sollten, können wir in den Saal der Rote Hilfe ausweichen.

Erweiterung des Einflusses von NATO und EU um Belarus.

Wir sagen: Hände weg von Belarus!
Wir fordern von der Bundesregierung:

- ▶ Anerkennung der Souveränität der Republik Belarus!
- ▶ Keine weitere Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Republik Belarus!
- ▶ Keine Sanktionen und keinen hybriden Krieg gegen Belarus - das belorussische Volk muss selbst über seinen Weg entscheiden können!

Pablo Neruda, Dichter des Volkes

**Freitag, 11. September 2020, 19.00 Uhr,
Saal der Rote Hilfe, Lange Geismarstr. 3**

Wolfgang Teuber, ehem. Chefredakteur der UZ, stellt das Leben dieses großartigen chilenischen Dichters, sein Werk und dessen Bedeutung für Lateinamerika, aber auch die heutige Zeit vor.

Pablo Neruda war Zeit seiner Schaffensperioden Mitglied der Kommunistischen Partei Chiles und ist 1973, nach dem faschistischen Putsch, „durch Fremdeinwirkung“ (chilenisches Innenministerium 2015 in einer Erklärung, wikipedia) „ums Leben gekommen“.

Wolfgang wird Texte vortragen, Bilder zeigen, musikalische Beiträge vorspielen und den Dichter selbst zu Wort kommen lassen und so das so facettenreiche Leben dieses großartigen Dichters und die Entwicklung seines umfangreichen Werkes darstellen. Im Dialog mit den TeilnehmerInnen wird er versuchen, die Bedeutung Nerudas für Lateinamerika und für die heutige Zeit herauszuarbeiten.

GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags, 20.00 Uhr, Jona-Gemeinde, Grone



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Grone: „Modernisierungen“ haben begonnen – Jetzt müssen Bau – Tagebücher geführt werden!

Nachdem SPD, CDU, FDP und Grüne die B-Pläne durch den Ortsrat und den Rat der Stadt durchgewunken haben, sind die Mieter nun auf sich selbst angewiesen. Und das bedeutet jetzt, dass sie genau Tagebuch führen müssen, was und womit hier eigentlich modernisiert wird, damit sie hinterher bei der Abrechnung nicht noch einmal über den Tisch gezogen werden.

Am 26. August, fand – initiiert vom Verein „IN Grone“ und der Mieter*inneninitiative Grone - denn auch eine Gesprächsrunde statt, bei der eine Mieterin der Vonovia aus Grone-Nord über ihre Erfahrungen mit dem Bau.-Tagebuch berichtete:

Warum ein Bau-Tagebuch?

Gern „verrechnen“ sich die Eigentümer, indem sie Arbeiten in Rechnung stellen, die nicht erfolgt sind. Oder es werden Materialien abgerechnet, die nicht benutzt wurden. Oder es werden Preise für hochwertige Materialien in Rechnung gestellt, während minderwertige Materialien verwendet. Oder, oder, oder ... Um sich davor zu schützen, sollte täglich alles aufschreiben, was zu sehen ist oder war erlebt wird.

Weitere Materialien zum Bau-Tagebuch:

Gut ist es, wenn alles sofort fotografiert wird, damit es später mit diesen Fotos belegt werden kann. Fotografiert

werden müssen auch die Baumaterialien, die vor oder in dem Haus liegen. Und natürlich muss erfasst werden, ob z.B. die Dämmung an den Fassaden voll verklebt werden oder nur punktuell.

Erfahrungen mit dem Bau-Tagebuch:

Ihre Erfahrung mit dem Tagebuch fasste die Mieterin etwa so zusammen: Anhand des Tagebuches konnten Sie und ihre Nachbarin nachweisen, dass falsche Materialien abgerechnet wurden, dass identische Haustüren in verschiedenen Häusern unterschiedliche Preise hatten und und und ...!



Der Erfolg:

Sie zahlen seit zwei Jahren noch keine höhere Miete, weil Vonovia die konkreten Kosten nicht exakt nachweisen kann!

Bedauernd fügte sie hinzu, dass sie gegen Ende der Baumaßnahmen nicht mehr so „am Ball“ geblieben sind. Es hätten noch mehr Skandale aufgedeckt werden können.

Die Veranstalter machten deutlich, dass die jetzigen Baumaßnahmen in der Deisterstr. und im Elmweg nur der Anfang sind. Weitergehen wird es wahrscheinlich im Süntelweg – nur ist der Zeitpunkt noch offen. Aber dann wird's richtig losgehen: Mit Einbau von Aufzügen und Aufstockungen! (gs)



Endlich wieder Termine!

Noch hat uns Corona fest im Griff. Doch endlich ist die Terminseite wieder eine Terminseite und es sollen wieder Mitgliederversammlungen stattfinden: Nach nunmehr einem halben Jahr Pause wird es voraussichtlich wieder eine Kreismitgliederversammlung am 22. September geben. Die JHV der Göttinger Linken ist für den 14. September geplant. Auch wenn wir nicht wissen, ob es jetzt coronabedingt nochmal einen Rückschlag gibt, so scheinen doch jetzt die Zeiten vorbei zu sein, in denen sich lediglich die Fraktionen und Sprecher(innen)kreise getroffen haben. Für Euch, Mitglieder, auch für diejenigen, die im letzten halben Jahr beigetreten sind, besteht jetzt die Möglichkeit, sich (wieder) einzubringen.

Kreismitgliederversammlung

**Dienstag, 22. September 2020, 19:00 Uhr,
im Saal des Jungen Theaters, Bürgerstr. 15, Göttingen (Eingang über Gartenstraße)**

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Tagesordnung
2. Input-Referat Victor Perli, MdB:
DIE LINKE zwischen Corona-Krise, Bundesparteitag und Wahljahr 2021
sowie Bericht aus der Bundestagsfraktion
3. Kommunalwahl 2021
4. Weitere Aktivitäten 2020 / 21
5. Bundes- und Landesparteitag
6. Berichte, Termine, Verschiedenes
10. weitere Berichte
11. Termine/Verschiedenes

Berlin Fahrt mit Diether Dehm, MdB

Auf Initiative des Bundestagsabgeordneten Diether Dehm sind die Mitglieder des Kreisverbandes DIE LINKE. Göttingen/Osterode und weitere Interessierte zu einer Bundesstagsfahrt von Göttingen aus nach Berlin eingeladen.

Termin: 6.-8. Oktober 2020 Achtung: Geänderter Termin!

Wer sich anmelden möchte, kann dies ab sofort unter anmelden@die-linke-goettingen.de mit Angabe des Namens, Geburtsdatum und Geburtsort tun.

Bereits in Planung sind ein Besuch des Bundestages, Veranstaltungen zum Thema Wohnen und Frieden sowie Besuche des Jüdischen Museums Berlin und des Brecht-Wei-

Vorankündigung

Diether Dehm lädt alle Genoss*innen des Kreisverbandes DIE LINKE. Göttingen/Osterode und Interessierte zu folgender Veranstaltung ein:

DIE LINKE im Bundestag: Fraktion vor Ort Opfer der Corona-Krise: Menschenrechte und Kultur

**am 20. Oktober, um 19 Uhr im Saal des Jungen Theaters, Bürgerstr. 15,
37073 Göttingen (Eingang über Gartenstr.)**

mit
Dr. Diether Dehm (MdB) - Mittelstandspolitischer Sprecher
Zaklin Nastic (MdB) - Menschenrechtspolitische Sprecherin
Dr. Manfred Sohn - ehem. Landesvorsitzender + Fraktionsvorsitzender DIE LINKE
Niedersachsen

Musikalisches Rahmenprogramm von Diether Dehm und Michael Letz

KV Göttingen/Osterode

Lange Geissmarstraße 2, 37073 Göttingen
Tel.: 05 51 - 29 14 05 46
kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Jugendverband [;solid]:

Mail: [solid\(at\)solid-goettingen.de](mailto:solid(at)solid-goettingen.de) und bei facebook

Homepage: <https://solid-goettingen.de/>

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:
ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Bettina Weigert, Tel. 0175-1948368
rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Marius Fedry, Tel. 0159 01282354

OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz
kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
dransfeld@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

E-Mail: Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973
Festnetz: 0551-40137061
eckhardfascher@web.de

AG Antifa

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0551-486538

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer
E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,
E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Elvira Kalusa,
E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de
<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG
IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

DIE LINKE. Kreisverband Göttingen

Interessante Presseerklärungen

Landesverband Niedersachsen am 06.07.2020:

▶ Antifaschismus ist Bürger*innenpflicht

DIE LINKE. Niedersachsen kritisiert Mitgliedsmagazin der Polizeigewerkschaft

In der aktuellen Ausgabe der Mitgliederzeitung der Polizeigewerkschaft GdP liegt der Schwerpunkt auf dem Thema „Linksextremismus“. Der zugehörige Artikel generalisiert platt alle Antifaschist*innen zu Terrorist*innen.

„Antifaschismus ist heute wichtiger denn je“, meint Heidi Reichinnek, Landesvorsitzende der Linken in Niedersachsen. „Uns erreichen fast täglich Meldungen über neue rechte Terrornetzwerke, Todeslisten oder rassistische Übergriffe und

dennoch hat die GdP nichts Besseres zu tun als eine imaginäre linke Bedrohung herbei zu fantasieren und damit der AfD und anderen Faschist*innen nach dem Mund zu reden. Antifaschismus wird delegitimiert und zum Verbrechen abgestempelt, dabei sind es Antifaschist*innen, die sich gegen die rechte Bedrohung stellen und die demokratischen Grundwerte unserer Gesellschaft Tag für Tag verteidigen. Die Diffamierung seitens der GdP verurteilen wir zutiefst.“

Stephan Marquardt aus dem Landesvorstand der LINKEN Niedersachsen ergänzt: „Als Gewerkschafter und Antifaschist melde ich regelmäßig Demonstrationen gegen Rechtsextremismus an und spreche dort auch. Wir streben dabei stets einen respektvollen Umgang mit der Polizei an und erwarten diesen im Gegenzug ebenso. Antifaschismus ist bunt und breit. Kirchengemeinden, Gewerkschaften, Vereine, Künstler*innen und Einzelpersonen bezeichnen sich stolz als antifaschistisch, sie verteidigen unsere Gesellschaft vor dem braunen Terror - egal ob er heute Dackelkrawatte oder Bomberjacke trägt. Es freut mich daher sehr, dass sich die GdP nach erheblicher Kritik in den sozialen Medien von Teilen des Artikels distanziert. Das ist auch richtig so, denn er schürt Frust und Vorurteile. Daher freut mich in der Erklärung der GdP besonders der Satz: „Ihr seid und wir sind Demokraten und Antifaschisten“. Jetzt müssten sie den Artikel nur noch offline nehmen und entsprechend agieren.“

Landesverband Niedersachsen am 10.08.2020:

▶ Planloser Schulstart – Corona legt Mängel an Schulen schonungslos offen

In das Schuljahr 2020/21 möchte Niedersachsen nach den Sommerferien wieder in voller Klassenstärke starten, erklärte die Landesregierung kürzlich. Einen Mindestabstand soll es nicht geben, stattdessen wird noch über eine Maskenpflicht diskutiert.

„Die Landesregierung steuert hier planlos auf das neue Schuljahr zu. Die Corona-Krise wirkt wie ein Brennglas auf die Probleme in unserem Bildungssystem und bringt bekannte Mängel, wie fehlende Lehrkräfte und den katastrophalen Zustand vieler Sanitäreinrichtungen in Schulen

deutlich zum Vorschein. Die halbgeplanten Pläne der Landesregierung sind fahrlässig und stellen eine Gefahr für die Gesundheit von Lehrenden und Schülerinnen und Schülern dar.“, kritisiert Heidi Reichinnek, Landesvorsitzende der Linken Niedersachsen, die Pläne von Kultusminister Tonne.

Reichinnek weiter: „Hygienekonzepte sind schön und gut, doch wie werden sie umgesetzt, wenn es in einigen Schulen schon an heißem Wasser zum Händewaschen mangelt? Schulen brauchen ausreichend Geld für Ausstattung und Sanierung der Gebäude. Anstatt die

Mängel endlich grundlegend anzugehen, werden sie weiter verwaltet. Seit Jahren schlagen Gewerkschaften und Schulen wegen fehlender Lehrkräfte Alarm. Geteilte Klasse, Vertretung für Personen aus Risikogruppen – alles nicht möglich durch verfehlte Bildungspolitik der letzten Landesregierungen. Wenn Kultusminister Tonne jetzt nicht endlich bewusst wird, dass wir massive Investitionen in unsere Schullandschaft brauchen, steuern wir in den nächsten Jahren auf eine Katastrophe zu. Den Vorgeschmack liefert die Corona-Krise. Die Landesregierung muss handeln!“

Parteivorsitzender Bernd Rixinger am 18.08.2020:

▶ Zu nicht abgerufenen Krankenhaus-Fördermitteln für Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Zu dem Befund, dass nur jedes fünfte Krankenhaus die Fördermittel zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Pflegekräfte und Hebammen abrufen, sagt Bernd Rixinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE:

Die Bundesregierung macht hier beispielhaft vor, wie man ein sinnvolles Instrument vor die Wand fährt. Wegen den hohen Eigenanteilen verzichten

sich die auf Wirtschaftlichkeit getrimmten Krankenhäuser mehrheitlich auf die Unterstützung des Bundes.

Die Gelder für Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Pflegekräfte und Hebammen wären ein wichtiger Baustein gegen den Mangel an Pflegekräften. Damit könnte man den Pflegeberuf attraktiver machen und Pflegekräften, die wegen der Doppelbelastung von Familie und

Beruf ihre Arbeitszeit reduziert haben, ermöglichen, ihre Stunden wieder zu erhöhen. Damit ließen sich mehr Menschen motivieren, den Pflegeberuf zu ergreifen.

Das Grundproblem ist hier die Profitorientierung der Krankenhäuser. Mehrkosten für Personal werden von den unter hartem Wirtschaftlichkeitsdruck stehenden Häusern nur im äußersten Notfall in Kauf genommen.



DIE LINKE. Kreistagsinfo aktuell

Nr. 21 - Juli 2020

EDITORIAL

In der diesmal, auch wegen Corona, in der Osteroder Stadthalle abgehaltenen Kreistagssitzung war eine lange Tagesordnung abzuarbeiten. Corona-Hilfen waren dann auch ein großes Thema, obgleich die Maßnahmen des Landkreises angesichts ihres Volumens kaum der Rede wert sind. Deutlichen Widerspruch äußerten wir zur Verkleinerung eines Landschaftsschutzgebietes und zur Vorbereitung des Abfallzweckverbandes.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
Kreishaus, Zi. 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de
dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 6/7 Neuauflage des Gedenkbuchs für die jüdischen Mitbürger / Präsentation von Erinnerungskultur

Bei diesem Thema, das im Kreistag auf Initiative unserer Gruppe sei einiger Zeit wieder intensiv beraten wird, möchte die Verwaltung das Projekt auf unabsehbare Zeit zurückstellen. Begründet wurde dies von der Verwaltung und den Rednern der verwaltungsnahen Parteien damit, dass einem erheblichen Aufwand fehlende Ressourcen und Expertise gegenüberstehen und zudem „unabsehbare rechtliche und politische Risiken“ vorhanden seien.

Zu diesem für unsere Gruppe nicht akzeptablen Vorschlag wurde von uns ein Änderungsantrag eingebracht, den Eckhard Fascher und Hans-Georg Schwedhelm begründeten. Dabei wurde betont, dass die vorliegende Auflage völlig veraltet ist und eine Vielzahl von Personen noch fehlen. Gefordert wurde von unserer Seite die Realisierung einer Neuauflage und nicht die ins Spiel gebrachte digitale Variante.

Beschlossen wurde natürlich die Vorlage der Verwaltung, wobei von unserer Seite deutlich gemacht wurde, die Verwaltungsgruppe beim Wort zu nehmen, wenn sie erklärt, das Projekt werde nur „zurückgestellt“.

Darüber hinaus gab es noch einen separaten Antrag der FDP. In diesem wird gefordert, das Projekt Gedenkbuch weiterzuführen und zusätzlich eine Internetplattform einzurichten. Beschlossen wurde dann eine modifizierte Variante, die von unserer Gruppe positiver bewertet wurde. Hierbei wird das Projekt in die Partnerschaften für Demokratie eingebettet.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass uns dieses Thema auch in der nächsten Wahlperiode noch beschäftigen wird.

TOP 9/10/11 Corona-Hilfen

Gleich mehrere Anträge beschäftigten sich mit Hilfen für diverse Gruppen, die durch die Corona-Krise in Schwierigkeiten geraten sind. Einen eigenen Antrag formulierte unsere Gruppe dabei für Familien, deren Kinder aufgrund des Bildungs- und Teilhabepaketes eine Finanzierung der Mittagsverpflegung in der Schule erhalten, welche in den zurückliegenden Monaten nicht erfolgen konnte. Mit dem Hinweis auf rechtliche Problem wurden finanzielle Hilfen für die Betroffenen verweigert. Jo Bons Appell, die Kinder der Ärmsten nicht im Stich zu lassen, wurde dementsprechend von den anderen Fraktionen abgebugelt.

Die anderen Anträge sahen Hilfen insbesondere für Solo-Selbständige und Kulturschaffende vor. Diese wurden dann mehrheitlich angenommen und auch von unserer Gruppe im Grundsatz begrüßt, allerdings mit deutlicher Kritik im Detail und entsprechenden Änderungsvorschlägen. So gilt nun generell das sog. „Windhundprinzip“ oder anders formuliert: Wer zuerst beantragt, bekommt zuerst, wenn die Mittel aufgebraucht sind, gibt es nichts mehr. Hierbei werden Härtefälle nicht berücksichtigt, es geht ausschließlich um schnellstmögliche Antragstellung. Auch nicht einverstanden waren wir mit den vorgelegten Deckungsvorschlägen, die entsprechende Kürzungen an anderer Stelle vorsahen.

Unter dem Strich sind alle beschlossenen Hilfsmaßnahmen angesichts ihres Gesamtvolumens im niedrigen sechsstelligen Bereich eher symbolischer Natur. Wie kann es auch anders sein, wenn selbst in absoluten Krisenzeiten und großer Not der Betroffenen aufgrund eines Zukunftsvertrages das Dogma der Begrenzung der freiwilligen Leistungen auf 1,5% der Gesamtaufwendungen weiterhin realisiert werden soll.

TOP Verkleinerung des Landschaftsschutzgebiet in Dransfeld

Direkt am Dransfelder Hohen Hagen ist ein 22 ha großer Kletterpark innerhalb eines Landschaftsschutzgebietes und in unmittelbarer Nähe eines besonders schützenswertes FFH-Gebietes geplant, obwohl andere Kletterparks des Betreibers mit deutlich weniger Flächenverbrauch auskommen. Kritik kommt vor allem von den Umweltverbänden. Diese lehnen aber das Projekt gar nicht grundsätzlich ab, sondern sprechen sich für dessen deutliche Begrenzung auf das Umfeld des Gaußturms und des Schullandheims aus.

Vorsichtige Kritik übte Ute Haferburg für die Grünen, die die LSG-Herausnahme auf ein Gebiet von immer noch 14 Hektar begrenzen wollten und erst nach den Beratungen im Umweltausschuss einen entsprechenden Änderungsantrag einbrachten.

Eckhard Fascher machte sich für unsere Gruppe hingegen die Position der Umweltverbände zu eigen, der Grüne-Antrag ging uns nicht weit genug. Die Redner von SPD, CDU und Freien Wählern unterstützten hingegen völlig unkritisch das Projekt.

Wir haben auch entsprechend im Kreistag die Vorlage abgelehnt, während sich die Grünen nach der Ablehnung ihres Antrags durch die Kreistagsmehrheit bei der Endabstimmung der Stimme enthielten.

TOP 49 Krise im Abfallzweckverband

Im Abfallzweckverband Südniedersachsen brodelt es. Im Landkreis Northeim gibt es ernsthafte Austrittsüberlegungen.

Streitpunkt ist der Umbau der zentralen Anlage in Deiderode von einer Nass- auf eine Trockenvergärung, die ursprünglich sieben Mio. Euro kosten sollte, mittlerweile liegen die Kostenschätzungen bei über 20 Mio.

Die Verwaltungsvorlage ignorierte die Northeimer Bedenken und hält am Umbau fest, der im Oktober vom Kreistag gegen unsere Stimmen beschlossen wurde. Andersorts werden ähnliche Anlagen mit einer wesentlich kostengünstigeren Modernisierung betrieben. Aufgrund der immensen Kosten befürchten die Northeimer deutliche Gebührenerhöhungen für ihre Bevölkerung.

Eckhard Fascher kritisierte, dass die Northeimer Bedenken ignoriert werden und der Umbau beschlossen werden soll, obwohl die Northeimer ihre eigene Entscheidung vertagt haben, so dass nicht auf der geplanten Verbandsversammlung im Juli, sondern erst im Herbst nicht entschieden werden kann. Hier werde ohne Not die Situation durch unseren Landkreis eskaliert.

Rotes Zentrum e.V.

im Lieschen-Vogel-Haus · Lange-Geismar-Straße 2 · 37073 Göttingen

Mail: rotes-zentrum-goettingen@posteo.de

Unser Spendenkonto und das aktuelle Veranstaltungsprogramm senden wir auf Anfrage gerne zu



► Nachruf auf unseren Genossen Markus Voncken

Am 13. Juli 2020 starb Markus Voncken. Markus war Mitglied im linken Motorradclub Kuhle Wampe und aktiv in der Initiative Göttinger Bürgerinnen und Bürger beobachten Polizei und Justiz. Markus war ein regelmäßiger Besucher und aktiver Unterstützer des Roten Zentrums. Mit Markus starb ein Genosse und Freund.

Vielen von uns ist eine gemeinsame Begebenheit mit Markus am 8. Mai 2016 in Erinnerung. Die Bewegung von Geflüchteten und das „Refugees Welcome“ waren präsent. Zugleich begannen Rechte - selbsterklärte „besorgte Bürger“ - ihren offenen Chauvinismus und Rassismus öffentlich auszusprechen. In Südniedersachsen formierte sich ein Freundeskreis aus Neonazis und Polizei, der in den folgenden Jahren die antifaschistische Bewegung auf Trab halten sollte. In dieser Situation entstand die Idee für ein öffentliches Straßenfest am Tag der Befreiung vom Faschismus. Alteingesessene und Geflüchtete, Antifaschist*innen und Nachbar*innen waren

eingeladen, am 8. Mai auf dem Göttinger Wochenmarktplatz zu einer Feier mit gemeinsamem Mittagessen zusammen zu kommen. Markus Voncken war mit seiner Kompetenz, seiner Erfahrung und seinem konstruktiven Optimismus ein wichtiger Genosse, der dieses Fest möglich gemacht hat. Häufig hieß es in den Wochen der Vorbereitung „wir wissen nicht, wie wir das machen sollen, wir brauchen noch Geschirr“ oder Kochtöpfe oder Rezepte oder... „Ich hab da noch was, ich bringe das dann mit“ beruhigte Markus die zweifelnden Genoss*innen. Und tatsächlich kam Markus am 8. Mai bei Sonnenschein mit seinem alten Hanomag-LKW vorgefahren, spannte ein Vorzelt auf, warf die Gaskocher an und schwang den Kochlöffel. Auch, dass gut 120 hungrige Gäste statt der erwarteten 80 Menschen an der langen Tafel saßen, brachte Markus nicht aus der Ruhe. Auf dem Dach seines Küchen-LKW verkündete das Poster einer Volksküche aus der Region Reggio-Emilia in Norditalien: „La cucine de la solidarietà“ (die Küche der Solidarität). Das Straßenfest am 8. Mai 2016 und der Beitrag, den Markus Voncken dafür geleistet hat, haben die politische Kultur in Göttingen weiter entwickelt: weg vom Reflex- und Konflikthaften, weg vom Selbstbezogenen und Ausschließenden. Ei-



RZ: Veranstaltung im September

Pablo Neruda

Freitag, 11.9.2020, 19 Uhr im Roten Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2-3, Göttingen

Wolfgang Teuber stellt Leben und Werk des revolutionären chilenischen Dichters Pablo Neruda vor. Dabei wird er Stationen seines Lebens vorstellen und aus seinen Werken vortragen. Eine Veranstaltung der DKP-Göttingen im Rahmen des Veranstaltungsprogramms des Roten Zentrums.

ne Linke, die einladend und sympathisch ist, die Menschen zusammenbringt und dazu auch noch satt macht.

Seine bescheidene Hilfsbereitschaft, seine leise Unterstützung, seine herzliche Freundlichkeit, seine Großzügigkeit; etwas gut zu können und es einfach zu machen anstatt sich in Selbstdarstellung und Abstraktionen auszulassen. Alles das sind Tugenden unseres Genossen Markus, die einer radikalen Linken gut stehen – Tugenden, an denen Viele sich ein Vorbild nehmen können.

Markus erklärte uns während einer Veranstaltung im Roten Zentrum im Frühjahr dieses Jahres, dass er an Krebs erkrankt sei. Er war zuversichtlich, dass er diese schwere Krankheit bewältigen würde. Obwohl wir uns der Ernsthaftigkeit der Situation bewusst waren, erreichte uns die Nachricht von seinem Tod alle überraschend. Am 8. August 2020 fand eine Trauer- und Erinnerungsfeier für Markus Voncken statt. Seine Familie, seine Wohngemeinschaft, viele Freund*innen und Genoss*innen kamen zusammen, um ihrem Schmerz Ausdruck zu verleihen, sich gegenseitige Anteilnahme zu vergewissern und Markus würdevoll zu gedenken.



Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

Dreivierteljahr Sprecher*innenkreis:

► Rechenschaftsbericht des GöLi-Sprecher*innen*kreises

Bereits am 14. September endet mit der diesjährigen Jahreshauptversammlung der Göttinger Linken die zweijährige Wahlperiode der derzeitigen SprecherInnen Bärbel Safieh, Christa Siebecke, Christian Schüler, Eckhard Fascher, Oliver Preuss und Thomas Bahrs sowie des Kassierers Gunnar Siebecke. Erst am 26.11.2019 hatte mit der letzten Jahreshauptversammlung der zweite Teil unserer Amtszeit begonnen.

Die Göttinger Linke umfasst aktuell ca. 270 Mitglieder, dabei sind Mitglieder der Kreisverbände der Parteien DIE LINKE, DKP sowie von GROBIAN automatisch Mitglieder.

Immerhin konnten trotz Corona in diesen 9,5 Monaten neun Treffen des Sprecher*innenkreises stattfinden und dabei der monatliche Rhythmus weitgehend eingehalten werden. Themen waren vor allem administrative Aufgaben, der Kommunalpolitische Arbeitskreis, die Begleitung der Ratsfraktion, die Gestaltung der Göttinger Blätter und bereits die kommende Kommunalwahl.

Die Treffen des Kommunalpolitischen Arbeitskreises sind seit März Corona zum Opfer gefallen. Bis dahin gab es drei Termine: Am 4. Dezember hatten wir mit Aktivist*innen von Fridays for Future über den Klimaschutz diskutiert, dem dann am 15. Januar eine Bestandsaufnahme zum Klimaschutz in Stadt und Landkreis folgte, dabei wurden vor allem im Bereich ÖPNV katastrophale Mängel festgestellt. Am 19. Februar diskutierten wir über die kommunalen Straßenausbaugebühren. Hier gelang es ein gemeinsames Vorgehen trotz ursprünglich unterschiedlicher Positionen festzulegen. Corona bedingt ist erst wieder im Oktober ein neuer KoAk geplant.

Der Corona-Pandemie sind auch weitere öffentliche Auftritte zum Opfer gefallen, so fanden beispielsweise nicht die geplanten Aktionen zum 1. Mai oder zum Ende der Naziherrschaft statt, an denen unsere Beteiligung vorgesehen war.

Die nächste Zeit wird spannend. Bereits im letzten dreiviertel Jahr spielte die Vorbereitung der Kommunalwahl beziehungsweise die Absprache eines gemeinsamen Vorgehens mit der Partei DIE LINKE und die Vorbereitung des ersten Kommunalpolitischen Kongresses am 8. November eine wichtige Rolle, wozu auch ein gemeinsames Treffen mit den Mitgliedsparteien und Mandatsträgern stattfand. Coronabedingt kam es nicht zu den ursprünglich für die letzten neun Monate geplanten Gesprächen mit Verbänden und Initiativen.

In Arbeit ist hier ein Flyer zur Wohnungspolitik unter der Führung der Ratsfraktion, der noch in diesem Jahr in größerer Auflage öffentlich verteilt werden soll.

Kontakte:

**Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke**

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:
Thomas Bahrs, Dr. Eckhard Fascher,
Oliver Preuß, Bärbel Safieh,
Dr. Christian Schüler, Christa Siebecke

Kassierer:
Gunnar Siebecke

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**
Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347
goelinke-alg-gruppe@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:
Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:
Mo. 09:00 – 12:30 Uhr
Mi. 14:00 – 17:00 Uhr
Do. 13:00 – 17:00 Uhr

Fraktionssitzung:
Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:
Rolf Ralle (Fraktionsvorsitzender)
Bärbel Safieh
Edgar Schu

Mitgliederversammlung der WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke

**Montag, 14 September, 19.00 Uhr Junges Theater, Saal, Bürgerstr. 15,
2. Etage(Eingang von der Gartenstraße aus)**

Vorschlag für die Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung
2. Konstituierung der Versammlung
 - Wahl der Versammlungsleitung
 - Tagesordnung
 - Wahl der Mandatsprüfungskommission
3. Wahl der Wahlkommission
4. Rechenschaftsberichte der Fraktion und des SprecherInnenkreises
5. Kassenbericht
6. Revisionsbericht
7. Diskussion
8. Entlastung des SprecherInnenkreises und des Schatzmeisters
9. Wahl des SprecherInnenkreises
10. Wahl der RevisorInnen
11. Vorbereitung Kommunalwahlkampf
12. Verschiedenes
13. Schlusswort



Kampf um bezahlbare Wohnungen

Wir dokumentieren hier aus der Stadtratssitzung am 10. Juli, gekürzt, die Einbringungsrede von Bärbel Safieh für die GöLinke/ALG-Ratsgruppe zum Antrag für 50 % statt nur 30 % geförderte, bezahlbare Wohnungen bei der Städtischen Wohnungsbau GmbH.

„Sehr geehrte Anwesende, eigentlich hat unser Antrag kaum eine Chance auf Ihre Zustimmung. Die Geschäftsführerin der Städtischen Wohnungsbau hat in ihrer Stellungnahme behauptet, eine Erhöhung der Quote für gefördertes Bauen schade dem Göttinger Wohnungsbau. Und das will natürlich niemand.

Mag sein, dass der Herr Oberbürgermeister und andere wieder finden, wir reden „Dummes Zeug“: Trotzdem werden wir nicht damit aufhören, die schädliche Logik des Wohnungsmarktes infrage zu stellen. Durch abfällige Kommentare lassen wir uns nicht entmutigen. Vielleicht sind wir die, die sich weigern, des Kaisers alte Kleider toll zu finden, obwohl er nackt herumspaziert.

Ist es nicht offensichtlich, dass eine kommunale Wohnungsbau die gesetzlichen Fördermöglichkeiten voll ausnutzen sollte? Unsere Städtische ist schließlich in erster Linie – ich zitiere Frau Leuner-Haverich: „satzungsrechtlich gehalten, günstigen Wohnraum für den Göttinger Mietmarkt zu erstellen und vorzuhalten.“ Zitat Ende.

Ich frage Sie: Wie viele teure GEWOS-Gutachten müssen noch erstellt werden, die immer wieder den hohen Bedarf an bezahlbarem Wohnraum betonen? Dieser Bedarf kann mit 30% Quote bis 2030 definitiv nicht gedeckt werden. Und was nützen alle Gutachten, wenn ihnen keine ausreichenden Maßnahmen folgen?

Laut GEWOS verdienen 63 % der Göttinger Haushalte unterhalb der Einkommensgrenzen des niedersächsischen Wohnraumförderungsgesetzes! Das sind 42% untere Einkommen und 21 % mittlere Einkommen. (Nachzulesen im Kommunalen Handlungskonzept S.10)

Sind das alles randständige Sozialfälle? Wohl kaum. Das sind zum größten Teil hart arbeitende Menschen z.B. in der Pflege, im Einzelhandel, in der Reinigung. Genau die Menschen, die gerade jetzt so gebraucht und gelobt werden. Für die sind auch Mieten knapp unter 10 € nicht erschwinglich, Frau Leuner-Haverich! 7,50 € ist die Grenze für mittlere Einkommen! Vom geringen Einkommen einer Alleinerziehenden z.B. ganz zu schweigen. [...]

Mit den privaten Investoren wurden mühsam 30% ausgehandelt. Es wundert uns nicht, dass die Privatwirtschaft eher teuer vermieten will. Aber von einem kommunalen Unternehmen erwarten wir doch zu Recht ein anderes Wirtschaften! Es müsste doch mit gutem Beispiel vorangehen!

In mehreren Ratsanträgen der letzten Jahre haben auch Sie, liebe KollegInnen, Anträge gestellt, um die Städtische Wohnungsbau zu stärken. Dabei sehen wir jetzt: Es liegt gar nicht an mangelnden Kapazitäten. Man will dort nicht mehr Förderung!

Andere Kommunen wie Freiburg und Norderstedt haben die Quote ja bereits auf 50% erhöht. Gleich werden Sie wieder kontern, dort gäbe es andere Förderkulissen. Aber müssen wir bei dieser Feststellung stehen bleiben? Sollten wir nicht auf eine Verbesserung der niedersächsischen Bedingungen drängen? Und wie kann die Kreiswohnbau direkt in unserer Nachbarschaft aktuell zu 100 % gefördert bauen? [...]"

Nach unserer Einbringung ging für die SPD Ratsfrau und Rechtsanwältin Binkenstein, bekannt als Vertreterin eines Immobilieninvestors, in die Bütt. Sie beantragte, dass sich die Politik nicht weiter mit dem Thema beschäftigen solle. Zusammen mit der CDU und einigen Stimmen der Grünen wurde unser Antrag abgelehnt und soll auch nicht weiter im Ausschuss behandelt werden. Wie in Göttingen denn in den nächsten 10 Jahren fast 4000 neue bezahlbare Wohnungen geschaffen werden, das bleibt das große Geheimnis dieser Parteien. Wahrscheinlich warten sie aber auch wieder nur, bis es richtig knallt und brauchen dann nochmal Jahre um ihre verfehlte Wohnungspolitik einzugestehen.

Kontakt Daten

Gruppe Göttinger Linke/ALG im Rat der Stadt Göttingen
Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347
GoLinke-ALG-Gruppe@goettingen.de

Ratsgruppenmitarbeiter:
Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:
Mo: 9:00 – 12:30 Uhr
Mi: 14:00 – 17:00 Uhr
Do: 13:00 – 17:00 Uhr

NSU 2.0:

► Polizei von rechts unterwandert?

Von August 2018 bis Juli 2020 verschickte ein NSU 2.0. aus dem Darknet per E-Mail, SMS oder Fax mindestens 93 Morddrohungen. Hinzu kamen weitere Morddrohungen unter anderen Absenderbezeichnungen. Betroffen war zuerst die Frankfurter Rechtsanwältin Seda Basay-Yildiz und andere Opferanwälte im NSU-Prozess. Ab Januar 2019 waren dann weitere Menschen in Politik, Kunst, Medien und Justiz, überwiegend Frauen betroffen, die sich öffentlich für Migranten und Flüchtlinge oder gegen Rassismus und Faschisten engagierten. Dies sind Politiker*innen vor allem von LINKEN und Grünen, aber auch von SPD und CDU (darunter Ministerpräsidenten), Funktionsträger jüdischer oder muslimischer Institutionen, einzelne Kulturschaffende oder auch der Sonderermittler der hessischen Polizei. Viele Drohschreiben enthalten persönliche Daten der Adressaten, die nicht öffentlich bekannt und zugänglich waren.

In mindestens drei Fällen wurden diese Daten zeitnah vorher aus Computern der hessischen Polizei abgerufen. Bei den Ermittlungen dazu wurden mindestens 70 Verdachtsfälle rechtsradikaler hessischer

Polizisten entdeckt. Die Drohungen wurden auch nach der Suspendierung mehrerer tatverdächtiger Polizeibeamter fortgesetzt und bezogen sich häufig auf die aktuelle Strafverfolgung. Hier wird ein rechtes Netzwerk in der hessischen Polizei als Urheber oder Beihelfer vermutet.

Der hessische Polizeipräsident musste zurücktreten, ein Sonderermittler wurde eingesetzt. Kritisiert wurde vor allem, dass obwohl die betroffenen Opfer aus dem ganzen Bundesgebiet kommen, nicht der Generalbundesanwalt, sondern ein Sonderermittler der hessischen Polizei ermittelt, also somit die betroffene hessische Polizei gegen sich selbst ermittelt. Vor allem wird das Problem unterschätzt, von einer wirklichen Lebensgefahr für die Betroffenen wird nicht ausgegangen. Es darf auch nicht sein, was nicht sein darf, nämlich, dass es ein faschistisches Netzwerk in der Polizei gibt.

Einzelfälle? Im Deutschlandfunk wurde im Dezember 2019 nicht nur ausführlich über Hessen berichtet, sondern auch über ein Netzwerk von nazistisch eingestellten Polizisten und Soldaten in Norddeutschland berichtet.

Die Chat-Gruppe hatte 60 bis 70 Teilnehmer, bei Durchsuchungen wurden 50.000 Schuss Munition festgestellt. Aus allen Bundesländern werden Vorfälle gemeldet, erwähnenswert ist hier vor allem eine Chat-Gruppe in Bayern.

Besonders auffällig: vor allem die AfD wirbt offensiv bei Polizeibeamten. Am 28. Juli stellt der MDR fest: „Tatsächlich sitzen für die AfD mit 5,9 Polizeiangehörigen auf 100 Abgeordnete doppelt so viele wie für die CDU/CSU (2,6) und für die SPD (3,1) in den Landtagen und im Bundestag. Die Anzahl von Polizeiangehörigen bei den anderen Parteien wie Linke, Grüne und FDP sind verschwindend gering.“

Wie die Praxis zeigt, werden aus verbalen Angriffen auch tätliche Angriffe oder es werden gegen rechts engagierte Menschen wie der Regierungspräsident Walter Lübcke ermordet. Um dagegen vorzugehen braucht es eine demokratische Polizei, deren Unterwanderung durch rechte Kräfte ebnet den Weg für antidemokratische Kräfte, Angst und Terror. (ef)

Quellen:

- Onlinelexikon Wikipedia, NSU 2.0 https://www.deutschlandfunk.de/rechtsextremismus-bei-der-polizei-zu-viele-einzelfaelle.724.de.html?Dram:article_id=466389
- <https://www.mdr.de/nachrichten/politik/gesellschaft/thueringen-afd-polizei-100.html>

► Corona und die Grundrechte

Die aktuelle Ausgabe der „Marxistische Blätter“ (4_2020) beschäftigt sich mit den unterschiedlichen Auswirkungen der Pandemie auf die arbeitende Klasse: U.a. fand ich zwei Texte, die sich mit den „normalen“ demokratischen Grundrechten beschäftigen und ihrem „Verschwinden“ durch die unterschiedlichen Maßnahmen der Bundes- und der Landesregierungen (Keine Corona-Leugnung!)

Ronald Pienkny, Jurist und ehem. Staatssekretär in Brandenburg, und Kai Köhler, Literaturwissenschaftler und Publizist, beleuchten in ihren Artikeln aus unterschiedlichen Perspektiven, wie durch die Corona-Maßnahmen – „legitimiert durch eine fast einstimmige mediale Warnung vor dieser (Corona-)

Gefahr“, Köhler, und anfangs „goutiert“ durch „die überwiegende Mehrheit der BürgerInnen“, Pienkny, - rigoros in die Grundrechte der BürgerInnen eingegriffen“ wurde: Das Recht auf freie Entfaltung (GG Art.2), das Recht auf ungestörte Religionsausübung (GG Art. 4), die Versammlungsfreiheit (GG Art. 8), die Berufsfreiheit (GG Art. 12), das Recht auf die Unverletzlichkeit der Wohnung (GG Art. 13) und die Eigentumsgarantie (GG Art. 14).

Die Autoren bezweifeln nicht die gesetzlichen Grundlagen für diese Eingriffe, stellen aber heraus, dass die Coronakrise eine Einübung ins Notstandsrecht erlaubte, dass die Gefahr eines autoritären Umbaus von Rechts-

staat und Demokratie noch lange nicht gebannt sei.

Was hat das mit Göttingen zu tun? Jedem/r, der/die die (parlamentarischen) demokratischen Verfahrensweisen verfolgt, ist klar geworden, dass die jeweils gewählten Vertreter*innen nichts mehr zu sagen hatten: Rat der Stadt Göttingen, Fachausschüsse des Rates, Ortsräte etc. wurden – mit Bezug auf die Coronamaßnahmen - einfach nicht mehr einberufen. Es regierte rundherum die Verwaltung – also die Angestellten dieser Gremien! Und der Antrag der Fraktion der Göttinger Linke nach Einrichtung eines Sonderausschusses in gleichartigen Fällen, um demokratische Verfahrensweisen aufrecht erhalten zu können, wurde von SPD, FDP, CDU und Grünen schlichtweg abgelehnt! Sie sind's zufrieden, entmündigt zu werden.

Eine interessante Lektüre beim Verlag Marxistische Blätter, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen, ISBN 987-3-96170-35-6 (gusi)

